

Drehen an der Schraube

Der Konflikt um Strafzölle verschärft sich. In China produzierende US-Konzerne geraten unter Druck

Jörg Kronauer

Begonnen hat alles mit Solarmodulen und Waschmaschinen. Am 22. Januar feuerte US-Präsident Donald Trump seine erste Salve im transpazifischen Handelskrieg ab und belegte die Einfuhr von Solarmodulen mit Strafzöllen in Höhe von 30 Prozent, den Import von Waschmaschinen mit Strafzöllen von 20 bis 50 Prozent. Ersteres traf vor allem chinesische Unternehmen, letzteres vor allem Hersteller aus Südkorea – und damit gleich zu Beginn des Konflikts einen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Es folgten wochenlange Drohungen, bis am 23. März schließlich Trumps Strafzölle auf die Einfuhr von Stahl (25 Prozent) und Aluminium (zehn Prozent) in Kraft traten. Auf die Maßnahme reagierte China am 2. April mit Gegenzöllen in Höhe von 15 bis 25 Prozent auf 128 verschiedene US-Produkte, darunter Schweinefleisch und Früchte. Der Grundgedanke, der die Auswahl der Güter leitete, war unschwer zu erkennen: Beijing zielte mit seinem Schritt darauf ab, US-Farmern auf die Füße zu treten, die im November 2016 in einem überdurchschnittlichen Maß Trump gewählt hatten und in einigen Bundesstaaten, etwa in Iowa, bei künftigen Wahlen das Zünglein an der Waage bilden könnten. Ähnlich kalkuliert bei ihren Gegenzöllen die EU.

Dann begann die nächste Runde: Am 3. April legte Trump eine Liste mit Importwaren im Wert von 50 Milliarden US-Dollar vor, auf die er Strafzölle zu verhängen drohte. Am 4. April zog Beijing mit einer eigenen Liste aus den USA eingeführter Produkte im selben Wert gleich. Nach Chinas Angebot, künftig mehr US-Güter zu kaufen, sollte Washington sich von seinen Strafzollorgien abbringen lassen, begannen Verhandlungen, die aber trotz weiterer chinesischer Zugeständnisse letztlich zu nichts führten. Am 15. Juni zündete der US-Präsident den nächsten Sprengsatz und kündigte an, am 6. Juli 25-Prozent-Strafzölle auf chinesische Einfuhren im Wert von 50 Milliarden US-Dollar in Kraft treten zu lassen. Ausnahmen sollen lediglich bei Importen mit einem Wert von insgesamt 16 Milliarden US-Dollar möglich sein, und dies auch nur dann, wenn US-Firmen glaubhaft machen können, dass sie das chinesische Produkt, das sie bisher kaufen, nicht durch ein anderes ersetzen können. China hat noch am selben Tag Abwehrmaßnahmen eingeleitet. Es wird ebenfalls ab dem 6. Juli Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Waren für 50 Milliarden US-Dollar erheben.

Am Montag hat Trump nun die Eskalationsschraube noch etwas angezogen; diesmal hat er Strafzölle in Höhe von zehn Prozent auf Importe aus China im Wert von 200 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt. Käme es dazu, dann wäre bereits rund die Hälfte der Einfuhren aus China betroffen, die im vergangenen Jahr ein Volumen von rund 505 Milliarden US-Dollar erreichten. Beijing hat erneut Gegenmaßnahmen angekündigt, wird aber intensiv nachdenken müssen: Im vergangenen Jahr importierte China lediglich Waren im Volumen von 130 Milliarden US-Dollar aus den USA, könnte also nur Zölle auf weitere Importe im Wert von 80 Milliarden US-Dollar aufschlagen. Womöglich wird sich die chinesische Regierung dann eben den in China produzierenden US-Konzernen zuwenden. Trump seinerseits zieht zusätzlich bereits ein Investitionsverbot für chinesische Unternehmen in US-Firmen in Betracht, in denen »industriell bedeutsame Technologie« hergestellt wird. Zudem könnte der Verkauf solcher Technologie nach China endgültig untersagt werden. Der Eskalationsphantasie der US-Administration sind offenbar keine Grenzen gesetzt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/334515.drehen-an-der-schraube.html>